

29. Oktober 2020  
267/2020

## **Neue LED-Technik an der Kreuzung Hildesheimer Straße Erneuerung der Beleuchtung führt zu Energieersparnis von über 60 Prozent**

Goslar. Die Beleuchtung im Bereich der Kreuzung Hildesheimer Straße/Von Garßen Straße wurde jetzt durch neue moderne LED-Lichttechnik ersetzt und dadurch nicht nur die Verkehrssicherheit verbessert, sondern eine Gesamtenergieersparnis von über 60 Prozent gegenüber der Altanlage erzielt. Die Erneuerung erfolgte mit einer Zuwendung aus Mitteln der „Nationalen Klimaschutzinitiative HHJ 2019“ des Projektträgers Forschungszentrum Jülich, im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Anstelle der alten Cityleuchten (Sisstella Leuchte Firma Siemens) wurden durch die Firma Harzenergie im Auftrag der Stadt Goslar drei moderne und steuerbare LED-Cityleuchten (Modell Ronda Firma Leipziger Leuchten) gesetzt. Die neue Steuerung erlaubt es durch moderne Vorschaltgeräte, in der Nacht den Lichtstrom mehrstufig "gedimmt" an den Verkehrsfluss anzupassen, um zusätzlich Energie einzusparen. Die LED-Leuchten haben eine Lebensdauer von nahezu 100.000 Stunden, somit entfällt auch das regelmäßige Wartungsintervall, nach dem die Leuchtmittel alle vier bis fünf Jahre ersetzt werden mussten.

### Nationale Klimaschutzinitiative:

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen.

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages